

Damen und Herren
der Presse

Saarbrücken, den 04.07.2014

Beschlüsse der Landesregierung unannehmbar Landkreistag fordert Krisengipfel zur geplanten Verschlechterung der kommunalen Finanzlage

Die Beschlüsse der saarländischen Landesregierung zur Sanierung des Landeshaushaltes sind für die saarländischen Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken unannehmbar. Der Vorsitzende des Landkreistages Saarland, Landrat Udo Recktenwald erklärte hierzu: "Das Land betreibt Haushaltssanierung zu Lasten der Kommunen, durch die Pläne der saarländischen Landesregierung wird die kommunale Selbstverwaltung im Saarland endgültig in ihrem Kern gefährdet". Zur geplanten Verschlechterung der kommunalen Finanzlage regte er einen Krisengipfel auf höchster Ebene mit dem Landkreistag Saarland und dem saarländischen Städte- und Gemeindeforum an: "Hier ist nun die Ministerpräsidentin des Saarlandes gefordert".

Nach den bislang veröffentlichten Ergebnissen der Klausurtagung der Landesregierung vom Juni dieses Jahres soll die kommunale Ebene im Saarland einen jährlichen Sanierungsbeitrag zum Landeshaushalt von rund 40 Mio. € leisten. Allein durch die Änderungen der Grunderwerbssteuer

gehen der kommunalen Ebene 17 Mio. verloren. Die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken können diese Einnahmeausfälle nur noch über die Erhöhung der Umlagen von den Städten und Gemeinden kompensieren, da sie fast ausschließlich gesetzliche Aufgaben erfüllen. Damit werde die kommunale Verschuldenssituation nochmals verschärft, anstatt - wie es eigentlich die Pflicht des Landes ist - abgebaut, führte Landrat Udo Recktenwald weiter aus. Er habe darüber Hinaus den Eindruck, dass das Land mit seinen Entscheidungen bewusst den Streit zwischen Kreisen und Städten und Gemeinden provoziere, etwa über die erwähnte Verschärfung der Umlageproblematik.

Die Landkreise als unterstes Netz der sozialen Sicherung im Land sehen sich immer stärker dem Spagat zwischen dem Ausbau sozialer Leistungen und deren mangelhafter Finanzierung ausgesetzt. "Es kann nicht sein, dass immer mehr, insbesondere soziale Aufgaben übertragen werden, es aber dafür kein Geld gibt" folgerte der Vorsitzende des Landkreistages. Er wies darauf hin, dass die saarländischen Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken zu 75 Prozent Sozialaufgaben erfüllen, ihre Aufgabe insgesamt zu 99,5 Prozent gesetzlich vorgegeben sind und damit vom Bund oder Land verursacht werden. Wenn gespart werden soll, müssen die Gesetzgeber von Bund und Land über Standards und deren Flexibilisierung reden. "Welche Standards gelten etwa in der Jugendhilfe und wer trägt letztlich dafür die Verantwortung", so Landrat Udo Recktenwald weiter.

Als konkrete Beispiele für die unseriöse Übertragung von Aufgaben ohne Finanzausgleich auf die Landkreise und Gemeinden führte der Vorsitzende des Landkreistages an:

- Inklusion – eine Aufgabe, die sich die kommunale Seite nicht gesucht hat, sie aber nahezu ausschließlich bewältigen soll;
- die Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen – bei nahezu völlig fehlendem Integrationsbeitrag des Landes;
- Krippenausbau – Bund und Länder haben den Rechtsanspruch festgelegt, Städte, Gemeinden und Landkreise müssen ihn umsetzen und überwiegend finanzieren;
- kommunale Entlastungen des Bundes über die Eingliederungshilfe – sollte eigentlich bei den Kommunen ankommen, wird aber im Saarland vom Land beansprucht;
- Schoolworker, Frühe Hilfen, zwei Standorte Integrierte Leitstelle, Schulbuchausleihe u.v.m. - alles Maßnahmen, die vom Land initiiert und letztlich von den Kommunen finanziert werden.

Grundsätzlich müsse im Saarland gelten "Wer bestellt, bezahlt", führte Landrat Recktenwald weiter aus. Er forderte erneut die Einführung des sog. strikten Konnexitätsprinzips in der saarländischen Verfassung. Zur Eindämmung der Umlageproblematik zwischen Landkreisen und Gemeinden forderte er die Einführung einer eigenen Steuereinnahme für die Kreise, etwa über die Beteiligung an der Umsatzsteuer: "Das Land muss sich hier endlich auf Bundesebene für seine Landkreise und Gemeinden positionieren". Für die kommenden Neuregelungen des Bund-Länder-Finanzausgleiches forderte er:

- die Ausrichtung des Soli nach Bedarf statt nach Himmelsrichtungen;

- die Abschaffung der Einwohnerveredlung der Stadtstaaten;
- den Einbezug aller kommunalen Finanzen in den Länderfinanzausgleich, nicht nur von 64 Prozent wie derzeit;
- eine Altschuldenlösung auch für Kommunen;
- die Umsetzung des Fiskalpaktes mit kommunaler Entlastung bei den Kosten der Unterkunft und, wie bereits erwähnt, einer Beteiligung der Landkreise an der Umsatzsteuer,
- weitere Kostenentlastungen im Bereich der Sozialausgaben

Schließlich wies der Vorsitzende des Landkreistages noch auf die Bedeutung der Stärkung der interkommunale Kooperation hin. Er betonte erneut, dass Kreise die geborenen Zweckverbände der Zusammenarbeit sind: "Deshalb muss auch mehr darüber geredet werden, was gebündelt bei den Kreisen wahrgenommen werden kann und was Kreise gemeinsam wahrnehmen können". Er forderte das Land erneut auf, die interkommunale Zusammenarbeit finanziell zu fördern.

Ansprechpartner:

Landrat Udo Recktenwald (Tel.: 0170-5624981)

Geschäftsführer Martin Luckas (Tel.: 0681-95094516 oder 0175-2030080)